

Landkreis Vorpommern-Rügen

Die Kreistagspräsidentin



Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 02.07.2018

Sitzungsraum: Hochschule Stralsund "Audimax", Zur Schwedenschanze 15 in 18435 Stralsund
Sitzungsdauer: 17:00 - 19:35 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglieder

Herr Michael Adomeit
Herr Uwe Ahlers
Herr Dr. Gerd Albrecht
Herr Horst Badendieck
Frau Ute Bartel
Herr Steffen Bartsch-Brüdgam
Herr Mario Bauch
Herr Alexander Benkert
Herr Ralf Borschke
Herr Ernst Branse
Frau Karin Breitenfeldt
Frau Wenke Brüdgam
Herr Eike Bunge
Herr Ingolf Dinse
Herr Ingulf Donig
Herr Helge Eggersmann
Frau Mechthild Gibbels
Herr Christian Griwahn
Herr Holger Henze
Herr Maik Hofmann
Herr Dieter Holtz
Herr Frank Ilchmann
Herr Dr. Stefan Kerth
Herr Holger Kliewe
Herr Frank Kracht

Herr Helmut Krüger
Herr Matthias Laack
Herr Hendrik Lastovka

Von der Verwaltung

Herr Landrat Ralf Drescher
Frau Franziska Behm

Frau Christiane Latendorf
Frau Gisela Lemke
Herr Thomas Lewing
Herr Detlef Lindner
Frau Kathrin Meyer
Herr Wolfgang Meyer
Herr Olaf Micheel
Frau Claudia Müller
Frau Kerstin Nilson
Herr Michael Philippen
Herr Rüdiger Preß
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Thomas Reichenbach
Frau Bärbel Schilling
Herr Michael Schmidt
Herr Norbert Schöler
Frau Sandra Schröder-Köhler
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Axel Thiede
Herr Christian Thiede
Herr Norbert Thomas
Frau Heike Völschow
Herr Dr. Wolfgang Weiß
Herr Prof. Dr. Ludwig Weten-
kamp
Frau Karin Wodrich
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow

Es fehlen:

Kreistagsmitglieder

Herr Dirk Arendt	entschuldigt
Herr Norbert Benedict	
Dr. Heike Carstensen	entschuldigt
Herr Harry Glawe	entschuldigt
Frau Andrea Köster	entschuldigt
Herr Andreas Kuhn	entschuldigt
Herr Dr. Manfred Möller	
Herr Udo Peters	entschuldigt
Frau Anja Ratzke	entschuldigt
Herr Benno Rüster	entschuldigt
Herr Gerd Scharmberg	entschuldigt
Herr Andreas Teller	
Frau Susann Wippermann	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung vom 7. Mai 2018
5. Bericht des Landrates
6. Anfragen der Kreistagsmitglieder
7. Nach- und Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen
- 7.1. Nachbesetzung eines Mitgliedes der Verwaltung im Rechts- und Verfassungsausschuss des Landkreistages M-V
- 7.2. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss für Herrn Frank Hunger aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Burkhard Päschke
8. Abbestellung des Betriebsleiters Integration und Leistungsgewährung für den Eigenbetrieb Jobcenter des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/2/0485
9. 3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen BV/2/0486
10. Bestellung der Betriebsleiterin für den Eigenbetrieb Jobcenter des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/2/0488
11. Bestellung der Stellvertreterin der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen BV/2/0490
12. Aufhebung Zweckverband maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund BV/2/0479
13. Aufhebung des Haushaltssicherungskonzeptes des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Konsolidierungszeitraum 2015 bis 2020 BV/2/0500
14. Aufnahme einer Maßnahme in die Prioritätenliste für den Radwege- BV/2/0498

bau

- | | | |
|-----------------------------------|---|-----------|
| 15. | Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes "Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügensch Kleinbahn" zum 31. Dezember 2016 | BV/2/0480 |
| 16. | Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes "Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügensch Kleinbahn" zum 31. Dezember 2017 | BV/2/0481 |
| 17. | Anhörung zum Antrag der Gemeinde Ralswiek auf Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche für die Erweiterung der Promenade und Schaffung von Liegeplätzen | BV/2/0499 |
| 18. | Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Anfragenfrist in der Hauptsatzung" | A/2/0117 |
| 19. | Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Hotspots im Landkreis" | A/2/0118 |
| 20. | Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Einführung der Fahrplankonferenzen des VVR`s" | A/2/0116 |
| 21. | Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Ratsinformationssystem im Landkreis Vorpommern-Rügen" | A/2/0119 |
| 22. | Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Umsetzung barrierefreie Haltestellen im Landkreis Vorpommern-Rügen" | A/2/0120 |
| 23. | Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Leihfahrradsystem im Landkreis Vorpommern-Rügen" | A/2/0121 |
| 24. | Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Rückwirkende Tarifierhöhung der Tagesmütter umsetzen" | A/2/0122 |
| 25. | Widerspruch zum Beschluss des Kreistages vom 7. Mai 2018 über die Erweiterung der Tagesordnung | BV/2/0509 |
| 26. | Mitteilungen | |
| - Nichtöffentlicher Teil - | | |
| 27. | Vergabeangelegenheit | BV/2/0505 |
| 28. | Vergabeangelegenheit | BV/2/0507 |
| 29. | Vergabeangelegenheit | BV/2/0508 |
| 30. | Personalangelegenheit | I/2/0029 |

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

- 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**
Herr Donig, 1. stellv. Kreistagspräsident, eröffnet die 22. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und mehr als die Hälfte aller Kreistagsmitglieder anwesend sind. Damit stellt Herr Kreistagspräsident Donig die Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren teilt Herr Donig mit, dass Frau Andrea Saatmann ihr Mandat niedergelegt habe. Nachrücker sei Herr Dr. Gerd Albrecht. Er bittet Herrn Dr. Albrecht zu sich und verpflichtet ihn auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Abschließend gratuliert Herr Donig den Kreistagsmitgliedern, die seit der vergange-

nen Sitzung Geburtstag hatten.

2. Einwohnerfragestunde

Anfragen gibt es keine.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Donig bittet um Erweiterung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um die BV/2/0508 "Vergabeangelegenheit". Die Dringlichkeit werde Herr Landrat Drescher begründen.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass es sich hierbei um ein Versehen der Kreisverwaltung handle, dass die Vorlage nicht auf die Tagesordnung des Kreistages gekommen sei. Vom Wertumfang gehöre die Beschlussvorlage in die Zuständigkeit des Kreistages. Die Dringlichkeit sei dadurch gegeben, dass die Reinigungsverträge im kommenden Monat auslaufen würden und folglich ein Sonderkreistag einberaumt werden müsste. Eine Erweiterung der Tagesordnung sei nur mit der Mehrheit aller Kreistagsmitglieder möglich.

Des Weiteren teilt **Herr Donig** mit, dass die Mitglieder des Kreistages bereits in einer vorangegangenen E-Mail darüber benachrichtigt worden seien, dass die Niederschrift des Kreistages vom 7. Mai 2018 noch nicht fertiggestellt worden sei. Vor dem Hintergrund bittet Herr Kreistagspräsident Donig um Absetzung des Tagesordnungspunktes 4 „Genehmigung der Niederschrift vom 7. Mai 2018“.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Herr Donig bittet zunächst um Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung um die BV/2/0508.

Der Kreistag stimmt der Erweiterung der Tagesordnung einstimmig zu.

Ferner bittet **Herr Donig** um die Absetzung des Tagesordnungspunktes 4.

Der Kreistag stimmt der Absetzung einstimmig zu.

Der Kreistag bestätigt einstimmig die Tagesordnung der 22. Sitzung des Kreistages unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderungen.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung vom 7. Mai 2018

von der Tagesordnung abgesetzt

5. Bericht des Landrates

Herr Landrat Drescher informiert zunächst über das **Modellprojekt Kostenlose Kita**. Die Verwaltung habe sich um einen Gesprächstermin bei Ministerin Drese bemüht. Das erbetene Gespräch habe leider noch nicht stattgefunden. Es habe aber inzwischen ein Termin stattgefunden, bei dem alle Landkreise und kreisfreien Städte bei Frau Drese gewesen seien. Dort habe das Thema zukünftige Finanzierung in Kindertagesstätten eine Rolle gespielt. Weiter sagt er, dass der Städte- und Gemeindegtag das gleiche Modell vorgeschlagen habe, und zwar, dass Personalkosten durch das Land zu zahlen seien und Tagesmütter- und Tagesväter sowie die Sachkosten durch

den Landkreis zu zahlen seien. Am 13. Juli 2018 werde es einen Termin geben, an dem Frau Schröter und er zusammen zur Ministerin fahren werden und das Modell des Landkreises erläutern würden.

Bezüglich des **Welcome-Centers** berichtet Herr Landrat Drescher, dass es eine gute personelle und sachliche Ausstattung gebe. Die Auftaktveranstaltung mit den Kooperationspartnern werde am 12. Juli 2018 stattfinden. Dort würden u. a. die Räumlichkeiten vorgestellt und etliche bearbeitete Punkte besprochen werden. Zum Thema **Theaterpakt** informiert Herr Landrat Drescher, dass das Ziel weiterhin sei, hochwertige und vielfältige Angebote zu erhalten sowie die nachhaltige Strukturfestigung und finanzierbare Strukturen insgesamt zu schaffen. Zudem sollen die Tarifverträge so verbessert werden, dass irgendwann den Beschäftigten mehr gezahlt werden könne. Der Flächentarifvertrag sei das Ziel. Die Lastenverteilung zwischen Kommune und Land sei jetzt relativ klar. Dazu seien neun Eckpunkte in einer Rahmenvereinbarung abgesteckt worden. Es gebe klare Zuordnungen der Verantwortlichkeit für das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Der Gesamtzuschuss und die Mehrkosten für die Anpassung an den Flächentarif würden im Verhältnis von 55 Prozent vom Land und 45 Prozent Träger aufgeteilt werden. Ab 2019 werde es jährliche Steigerungen des Landeszuschusses in Höhe von 2,5 Prozent geben. Die Landesbeteiligung an Investitionen sei sichergestellt. Ein zusätzlicher Landeszuschuss in Höhe von 544.000 € werde dem Theater Vorpommern gewährt, da das Theater Vorpommern nicht in die gleiche Lage wie in Neustrelitz versetzt werde. Weiterhin werde es bis 2025 einen sozialverträglichen Abbau von 30 Stellen geben.

Ferner erklärt Herr Landrat Drescher, dass in der Verwaltung derzeit zwei Beschlussvorlagen in Bearbeitung seien. Zum einen gehe es um eine zukunftsfähige und leistungsstarke IT-Zusammenarbeit. Bei der IKT Ost hatte der Landkreis einen Gaststatus, inzwischen seien mit der Hansestadt Stralsund und den Stadtwerken Stralsund Gespräche geführt worden.

Die zweite Beschlussvorlage betreffe die Standortentwicklung der Kreisverwaltung am Standort Stralsund, darüber hinaus jedoch auch an den anderen Standorten. Eckpunkt dieser Beschlussvorlage werde sein, dass in Stralsund alles an den Standort Carl-Heydemann-Ring zusammenziehen werde. Dafür sei die Errichtung eines Neubaus notwendig. Die anderen Standorte in Stralsund würden aufgegeben werden und die zwei Immobilien, die mit der Kreisgebietsreform übernommen worden seien, würden an die Hansestadt Stralsund zurückgegeben werden. Die beiden Beschlussvorlagen würden in den kommenden Wochen fertig gestellt werden.

Weiterhin sagt Herr Landrat Drescher, dass er hoffe, dass der **Landratswechsel** zu keinem Stillstand führe. Wichtig sei, zum Wohl des Landkreises einen guten Übergang zu gestalten. In der vergangenen Woche hätten die ersten Abstimmungen mit Herrn Dr. Kerth stattgefunden. Am 1. Oktober 2018 werde die Ernennung des neuen Landrates zum 10. Oktober 2018 erfolgen.

Abschließend präsentiert Herr Landrat Drescher den **neuen Internetauftritt** des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Herr Dr. Kerth teilt mit, dass es für ihn heute die letzte Kreistagssitzung in seiner Funktion als Kreistagsmitglied sein werde. Den genauen Termin der Mandatsniederlegung könne er noch nicht sagen. Er hoffe auf gute Zusammenarbeit.

6. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Adomeit sagt, dass er am 26. April 2018 eine Anfrage zum Thema Gülle- und Düngerausbringung sowie zur Grundwasserqualität an das Büro des Landrates vorbereitet habe. Nach vier Wochen habe er die Antwort erhalten, dass die Anfrage aus Ressourcengründen nicht beantwortet werden könne. Er bittet um Klärung. Vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (LUNG) habe er mit heutigem Tage eine Antwort erhalten. Er sagt, dass die Gewässer im Landkreis Vorpommern-Rügen mit hohen Nitratwerten, schlechter Qualität und eine Katastrophe seien.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass Anfragen, die in der Zuständigkeit des Landkreises lägen, komplett beantwortet würden, jedoch Anfragen, bei denen andere Behörden zuständig seien, nur im Ausnahmefall beantwortet würden, sofern der Kreisverwaltung die Daten zur Verfügung stünden.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp fragt zunächst, welchem Zweck das Gelände hinter dem Landratsamt zugeführt werden würde.

Herr Landrat Drescher entgegnet, dass auf dem Gelände ein Verwaltungsgebäude entstehen könne.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp reicht zudem eine Anfrage zu Wasser- und Strandverunreinigungen durch Fettklumpen ein.

Herr Landrat Drescher sichert eine schriftliche Antwort zu, erklärt jedoch, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen nicht zuständige Behörde sei.

Frau Brüdgam reicht eine Anfrage zum Thema Frauenhäuser ein.

Herr Landrat Drescher sichert auch hier eine schriftliche Antwort zu.

Herr Eggersmann reicht eine Anfrage zum Thema Breitbandausbau und Hausanschlüssen ein.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass der Grundsatz der sei, dass auf dem Festland jeder einen Anschluss bekomme, der nicht heute schon 30 Mbit habe und im Ausbaubereich liege. Weiter sagt er, dass das Kataster, welches als Basis zur Festlegung der Polygone für bebaute Grundstücke genutzt wird, aufgrund eines gesetzlichen Problems nicht ganz aktuell sei, aufgrund dessen, dass Bürginnen und Bürger, die im Ostteil leben, nicht zwingend eine Neuvermessung ihrer Gebäude durchführen müssen. Ansonsten würden alle, die neu bauen, zwangsweise im Kataster auftauchen. Die Fragen würden im Detail schriftlich beantwortet werden.

Herr Eggersmann sagt, dass er in Petersdorf wohne und das Grundstück seines Nachbarn eingemessen worden sei und im Katasterverzeichnis stehe. Jedoch habe der Nachbar keine Antwort von der Telekom erhalten, Herr Eggersmann selbst jedoch schon, wobei beide auf denselben Anschluss angewiesen seien.

Frau Latendorf führt aus, dass sie gestern von der Insel Rügen die Frage erreichte, ob der ZWAR allein zuständig sei oder ob der Landkreis dies im Blick habe. Frau Latendorf habe daraufhin geantwortet, dass der ZWAR mit den kommunalen Verbänden auf der Insel Rügen organisiert sei, jedoch habe sie nicht beantworten können, ob der Landkreis dort auch zuständig sei.

Herr Landrat Drescher entgegnet, dass der Landkreis insofern zuständig sei, da hier ein Kreistagsbeschluss vorliege. Demnach fühle sich auch der Landrat für den gesamten Landkreis verantwortlich. Die Gemeinden auf der Insel Rügen hätten jedoch beschlossen, dass sie das in Zusammenarbeit mit dem ZWAR allein organisieren würden. Dies ändere nichts daran, dass der Landrat als Kommunalaufsicht zuständig sei. Über die finanziellen Angelegenheiten wache der Landrat und darüber hinaus lasse er sich regelmäßig über den aktuellen Stand unterrichten. Zudem werde daran gearbeitet, alle Schulen anzuschließen.

Herr Kliewe geht auf die Ausführungen von Herrn Adomeit ein. Insbesondere interessiert ihn hierbei die Antwort vom LUNG, die Herr Adomeit zu seinen Anfragen erhalten habe. Weiterhin erklärt Herr Kliewe bezüglich der Fließgewässer, dass das LUNG ein Fließgewässer mit negativ einstuft, weil es zu DDR-Zeiten verrohrt worden sei. Bei Gräben, die zu DDR-Zeiten verrohrt worden seien, sage die europäische Richtlinie, dass diese Gewässer negativ zu beurteilen seien. Daher habe es hier nichts mit der Gewässerqualität zu tun. Bezüglich der Nitrate sagt Herr Kliewe, dass die Nitratwerte der Gülle erst nach 30 bis 40 Jahren im Grundwasser ankommen würden. Die Messwerte, die heutzutage teilweise ermittelt werden, hätten noch etwas mit der Landwirtschaft der DDR zutun. Er als Landwirt verwahre sich gegen solche Pauschalierungen, dass immer wieder gesagt werde, dass die Landwirte Schuld hätten. Sicherlich seien die Grenzwerte, die Europa vorgebe, noch nicht erreicht, jedoch sei man mit der Gewässerbelastung sowie der Nitratbelastung wesentlich besser geworden als 1990.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

7. Nach- und Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen

7.1. Nachbesetzung eines Mitgliedes der Verwaltung im Rechts- und Verfassungsausschuss des Landkreistages M-V

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 369-22/2018

Der Kreistag wählt Herrn Wolfgang Thiel als Mitglied der Verwaltung in den Rechts- und Verfassungsausschuss des Landkreistages M-V.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

7.2. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss für Herrn Frank Hunger aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Burkhard Päsche

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 370-22/2018

Der Kreistag wählt Frau Kathrin Kohs als stellvertretendes Mitglied für Herrn Frank Hunger aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Burkhard Päsche in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen

8. Abbestellung des Betriebsleiters Integration und Leistungsgewährung für den Eigenbetrieb Jobcenter des Landkreises Vorpommern-Rügen

Vorlage: BV/2/0485

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 371-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Herr Peter Hufken wird mit Ablauf des 31. Juli 2018 als Betriebsleiter Integration und Leistungsgewährung für den Eigenbetrieb Jobcenter des Landkreises Vorpommern-Rügen abbestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen

9. 3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen

Vorlage: BV/2/0486

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 372-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

10. Bestellung der Betriebsleiterin für den Eigenbetrieb Jobcenter des Landkreises Vorpommern-Rügen

Vorlage: BV/2/0488

Herr Landrat Drescher stellt Frau Karina Werner und Frau Julia Kruske kurz vor.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Donig bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 373-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Frau Karina Werner wird mit Wirkung vom 1. August 2018 als alleinige Betriebsleiterin für den Eigenbetrieb Jobcenter des Landkreises Vorpommern-Rügen bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen

11. **Bestellung der Stellvertreterin der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen**
Vorlage: BV/2/0490

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 374-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Frau Julia Kruske wird mit Wirkung vom 1. August 2018 zur Stellvertreterin der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen

12. **Aufhebung Zweckverband maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund**
Vorlage: BV/2/0479

Herr Landrat Drescher merkt an, dass ihm die Auflösung des Zweckverbandes leid tue, welcher letztlich an wenigen Personen gescheitert sei. Nach wie vor halte er es für zwingend notwendig, dass Gemeinden bei größeren Vorhaben zusammenarbeiten würden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Donig bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 375-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt den öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Aufhebung des Zweckverbandes „Zweckverband maritimer Lückenschluss Warnemünde-Stralsund“ (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

13. Aufhebung des Haushaltssicherungskonzeptes des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Konsolidierungszeitraum 2015 bis 2020
Vorlage: BV/2/0500

Herr Landrat Drescher informiert, dass die Haushaltskonsolidierung aufgehoben werden könne. Der Vertrag mit dem Innenministerium über die erfolgreiche Beendigung der Konsolidierung über 13 Millionen Euro sei am 4. Juni 2018 unterzeichnet worden. Ein geringer Teil sei für die Haushaltskonsolidierung verwendet worden. Im Ergebnishaushalt sowie Finanzhaushalt seien keine negativen Salden mehr vorhanden. Dies sei das Ergebnis eines konsequenten Sparkurses. Weiter informiert Herr Landrat Drescher über das Jahr 2017, welches ebenfalls ein positives Ergebnis darstellen würde, jedoch auf inoffiziellen Zahlen beruhe.

Die Entwicklung der Zuweisungen, ohne Kreisumlage, durch Land und Bund seien rückläufig. Durch die Kombination von Zuweisungen mit der Kreisumlage sei ein Anstieg zu sehen. Dies sei zurückzuführen auf die wachsende Leistungsfähigkeit der Gemeinden sowie Bundeszuweisungen. Der Kreisumlagesatz sei auf einem Hoch, im Moment solle die Kreisumlage in Prozent gesenkt werden. Investitionskredite seien in der Konsolidierung nicht immer genehmigt worden. Jedoch seien seit der Kreisgebietsreform über 12 Millionen Euro Investitionskredite getilgt und nicht zusätzlich aufgenommen worden.

Mit Blick auf den Personalaufwand seien erhebliche Sprünge zu sehen. Dies sei auf die Übernahme und Ausgliederung des Jobcenters zurückzuführen. Weiterhin sei ein weiterer Personalanstieg durch die übertragenen Aufgaben von Bund und Land zu verzeichnen. Im Schnitt stehe der Landkreis Vorpommern-Rügen mit 3,14 Beschäftigten je 1000 Einwohner in einem guten Verhältnis zu anderen Landkreisen. Dies sei auf den stringenten Umgang mit Personal zurückzuführen. Herr Landrat Drescher informiert, dass freiwillige Leistungen noch mehr unterstützt werden könnten. Die Zahlen der sozialen Sicherung seien durch weniger Aufwendungen rückläufig und führen zur Entlastung des Haushaltes.

Im Fachdienst Jugend seien die Zahlen eher steigend, ein wachsender Zuschuss sei nicht zu verhindern. Dies sei nur durch Ausgabenreduzierung oder die Einnahmen durch eine Erstattung vom Land oder Bund möglich.

Herr Landrat Drescher informiert, dass es bei den Investitionen durch den Breitbandausbau eine Erhöhung gäbe. Ab dem Jahr 2015 sei der Landkreis ohne Kassenkredite ausgekommen und der Kontostand weise einen positiven Saldo auf. Dieses Geld sei aber zum Teil gebunden für Pensionsrückstellungen, Bildung und Teilhabe, durchlaufende Gelder, Verwahrungen und Übertragungen für Maßnahmen, die auftragsgemäß gebunden, aber noch nicht gezahlt seien.

Herr Landrat Drescher informiert, dass durch die Haushaltskonsolidierung ein Investitionsrückstau vorliege. Im Wesentlichen seien dies Investitionen in Straßen, Schulen und die Verwaltungsgebäude des Landkreises Vorpommern-Rügen. Weiterhin informiert Herr Landrat Drescher, dass eine Liquiditätsverbesserung für die Verkehrsbetriebe Vorpommern-Rügen, den Breitbandausbau und den Haushaltsausgleich zu gewährleisten sei.

Herr Landrat Ralf Drescher bittet um Aufhebung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Herr Donig bittet um Abstimmung zum Rederecht von Herrn Würdisch.

Der Kreistag stimmt mehrheitlich zu.

Herr Würdisch, Ausschussvorsitzender Haushalts- und Finanzausschuss, berichtet, dass das Haushaltssicherungskonzept der richtige Schritt gewesen sei, um die Verschuldung und die unausgeglichenen Haushalte zu beenden. Weiterhin bedankt Herr Würdisch sich beim Haushalts- und Finanzausschuss, den Kreistagsmitgliedern und

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Herr Dr. Zabel bedankt sich für die Zusammenarbeit mit den Fraktionen und Kreistagsmitgliedern, insbesondere die Arbeit des Landrates und der Verwaltung. Weiterhin kündigt Herr Dr. Zabel an, dass die CDU-Fraktion die Sommerpause nutze, um Prioritäten zu setzen und entsprechende Anträge auszuarbeiten.

Frau Latendorf bedankt sich für die Veranschaulichung des Kreishaushaltes bei Herrn Landrat Drescher. Frau Latendorf gibt an, dass das Haushaltssicherungskonzept nicht zwingend nötig gewesen sei. Frau Latendorf merkt an, dass Planung und Ergebnis immer nah beieinander sein müssten.

Weitere Anmerkungen zur Beschlussvorlage gibt es nicht.

Herr Donig bittet um Abstimmung

Beschluss: KT 376-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Aufhebung des Haushaltssicherungskonzeptes (Beschluss vom 6. Oktober 2014, KT 28-02/2014) des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Konsolidierungszeitraum 2015 bis 2020.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

14. Aufnahme einer Maßnahme in die Prioritätenliste für den Radwegebau
Vorlage: BV/2/0498

Herr Landrat Drescher informiert, dass es für den Landkreis Vorpommern-Rügen eine Prioritätenliste Radwegebau gibt, die die Umsetzung der Baumaßnahmen regelt. Die tatsächliche Umsetzung weiche jedoch von der Prioritätenliste ab. Gründe hierfür seien letztendlich Entscheidungen des Straßenbaulastträgers, aber auch hiesige Probleme beim Erwerb von Grund und Boden. So komme es dazu, wie im vorliegenden Fall, dass Baumaßnahmen eher realisiert werden sollen, die an hinterer Stelle stehen bzw. sich noch gar nicht auf der Prioritätenliste befinden würden, da von der Idee bis zur Umsetzung nur wenige Monate benötigen werden.

Gleichwohl werde an der Umsetzung der Prioritätenliste festgehalten und dies in einem beigefügten freundlichen Schreiben an das Ministerium mitgeteilt.

Herr Dr. Kerth teilt mit, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde, diese jedoch nochmal hinterfragen möchte. Es werde das Ziel verfolgt, dass der unserem Landkreis zugewiesene Anteil am Lückenschlussprogramm ausgeschöpft würde und durch die Erweiterung der Prioritätenliste die Gefahr bestehe, dass die einst priorisierten Radwegebaumaßnahmen auf Kosten von neu aufgenommenen vom Budget des Lückenschlussprogrammes nicht realisiert werden können.

Herr Landrat Drescher merkt zur Aussage von Herrn Dr. Kerth an, dass jedoch die Erweiterung der Prioritätenliste genau dies zur Folge habe. Sofern man dies nicht möchte, lehne man die Erweiterung der Prioritätenliste ab und fordere die Realisierung der bisherigen. Es werde jedoch befürchtet, dass Investitionen in anderen

Landkreisen, aufgrund von adäquat vorbereiteten Baumaßnahmen, erfolgen. Herr Landrat Drescher glaube jedoch nicht, dass durch die Erweiterung der Liste nicht an das zugeteilte Budget herangegangen werde.

Herr Bauch bittet, dass im Schreiben eine Prüfung gefordert werde, ob der Betrag nicht zusätzlich hinzukommen könne.

Frau Latendorf erklärt, dass eine Zustimmung erfolgen müsse.

Herr Dr. Zabel gibt an, dass die CDU-Fraktion einer Änderung des Antrages nicht zustimme.

Herr Donig bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 377-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Radwegebaumaßnahme an der L 19 zwischen Ortsausgang Lindholz-Langsdorf und der Betonstraße zur Stadtrandsiedlung Bad Sülze in die Prioritätenliste für den Radwegebau im Landkreis Vorpommern-Rügen auf Platz 1 einzufügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei acht Gegenstimmen und zwei Enthaltungen beschlossen

15. Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes "Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügensche Kleinbahn" zum 31. Dezember 2016
Vorlage: BV/2/0480

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 378-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt über den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 vom Eigenbetrieb des Landkreises "Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügensche Kleinbahn", Carl-Heydemann-Ring 67, 18437 Stralsund hiermit unter Wahrung der gesetzlichen und vertraglichen Vorschriftenform wie folgt:

1. Der auf den 31.12.2016 aufgestellte Jahresabschluss sowie der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Kommuna-Treuhand GmbH in Delmenhorst geprüfte und mit einem Bestätigungsvermerk vom 19. Februar 2018 versehene Jahresabschluss, der eine Bilanzsumme von 1.182.467,35 EURO aufweist, werden festgestellt.
2. Der Betriebsleiter wird entlastet.
3. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2016 in Höhe von 3.605,94 Euro ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

16. Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes "Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügensch Kleinbahn" zum 31. Dezember 2017
Vorlage: BV/2/0481

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 379-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt über den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 vom Eigenbetrieb des Landkreises "Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügensch Kleinbahn", Carl-Heydemann-Ring 67, 18437 Stralsund hiermit unter Wahrung der gesetzlichen und vertraglichen Vorschriftenform wie folgt:

4. Der auf den 31.12.2017 aufgestellte Jahresabschluss sowie der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Kommuna-Treuhand GmbH in Delmenhorst geprüfte und mit einem Bestätigungsvermerk vom 14. März 2018 versehene Jahresabschluss, der eine Bilanzsumme von 1.225.861,88 EURO aufweist, werden festgestellt.
5. Der Betriebsleiter wird entlastet.
6. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2017 in Höhe von 9.426,64 Euro ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

17. Anhörung zum Antrag der Gemeinde Ralswiek auf Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche für die Erweiterung der Promenade und Schaffung von Liegeplätzen
Vorlage: BV/2/0499

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 380-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Dem Antrag der Gemeinde Ralswiek auf Inkommunalisierung gemeindefreier Wasserflächen zur Erweiterung der Promenade und zur Schaffung von Liegeplätzen wird zugestimmt. Der maßstabsgerechte Lageplan des öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs Holger Krawutschke vom 22. November 2017 ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

18. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Anfragenfrist in der Hauptsatzung"
Vorlage: A/2/0117

Frau Latendorf begründet die Einbringung des Antrages.

Herr Landrat Drescher gibt an, dass bei einer Änderung der Hauptsatzung dies berücksichtigt

werden könne.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Donig bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 381-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat möge prüfen, ob in der Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen ausreichend geregelt ist, wie Anfragen von Kreistagsmitgliedern und Kreistagsfraktionen behandelt werden. Dies betrifft insbesondere Anfragen außerhalb von Kreistagssitzungen und die Fristen zur Beantwortung. Sollten die Regelungen nicht ausreichen, soll die Verwaltung eine entsprechende Satzungsänderung erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei drei Enthaltungen beschlossen

19. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Hotspots im Landkreis"

Vorlage: A/2/0118

Herr Dr. Weiß begründet die Einbringung des Antrages.

Herr Schwarz und die CDU-Fraktion begrüßen den Antrag. Herr Schwarz schlägt vor, den Antrag zunächst in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss zu verweisen.

Herr Landrat Drescher bringt an, dass eine Realisierung möglich sei, jedoch müsse der Bedarf geklärt werden. Eine Beratung im Ausschuss sehe er als sinnvoll an und würde einen Fachmann zur Beratung stellen.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht.

Der Herr Donig bittet um Abstimmung über die Verweisung in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss.

Der Kreistag stimmt der Verweisung in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss mehrheitlich bei neun Gegenstimmen zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat möge prüfen, ob an den Verwaltungsstandorten des Landkreises Hotspots für freies WLAN bereitgestellt werden kann und ob dazu EU- Fördermittel genutzt werden können.

20. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Einführung der Fahrplan-konferenzen des VVR`s"
Vorlage: A/2/0116

Herr Prof. Dr. Wetenkamp begründet die Einbringung des Antrages und bittet um Zustimmung.

Herr Schwarz beantragt die Verweisung in den Kreisentwicklungs- Wirtschafts- und Tourismusausschuss.

Frau Müller erklärt, dass nicht im Ausschuss darüber diskutiert werden müsse, sondern im Kreistag zu entscheiden sei.

Frau Latendorf stimmt Frau Müller zu und weist auf die Wichtigkeit der Fahrplan-konferenzen hin. Frau Latendorf lehnt die Verweisung in den Ausschuss ab.

Herr Schwarz steht einer Durchführung von Fahrplankonferenzen nicht entgegen. Weiterhin erklärt Herr Schwarz, dass die Verkehrsbetriebe Vorpommern-Rügen und die Kommunen mehr eingebunden werden sollen.

Herr Landrat Drescher informiert, dass weiterhin Fahrplankonferenzen stattfinden würden, jedoch nicht mehr öffentlich und auf Ämterebene und für den Regionalbereich.

Frau Bartel erklärt, dass die SPD-Fraktion zustimme und die Fahrplankonferenzen kurzfristig wieder stattfinden sollen. Eine Behandlung im Ausschuss könne parallel zum Antrag stattfinden.

Herr Dr. Zabel erklärt, dass der Antrag genauer gestellt werden müsse.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp erklärt, dass der Antrag genauer gestellt werden könne. Er weist darauf hin, dass der Antrag die Mehrheit im Kreisausschuss bekommen habe.

Frau Brüdgam beantragt eine Änderung dahingehend, dass der zweite Halbsatz wie folgt geändert wird: „ ..., dass die Fahrplankonferenzen unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden.“

Herr Donig verliest den geänderten Beschlusstext: „Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich bei der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH als Gesellschafter dafür einzusetzen, dass die Fahrplankonferenzen unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden.“

Herr Dr. Zabel erklärt, dass der Antrag konkretisiert sei und der Verweisungsantrag zurückgezogen werde.

Herr Donig bittet um Abstimmung der Änderung des Beschlusstextes.

Herr Donig bittet um Abstimmung des Gesamtantrages.

Beschluss: KT 382-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich bei der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH als Gesellschafter dafür einzusetzen, dass die Fahrplankonferenzen wieder durchgeführt werden.

Die Fraktion DIE LINKE bittet um Änderung des Beschlusstextes:

„Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich bei der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH als Gesellschafter dafür einzusetzen, dass die Fahrplankonferenzen unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen unter Berücksichtigung der Änderung

21. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Ratsinformationssystem im Landkreis Vorpommern-Rügen"

Vorlage: A/2/0119

Herr Prof. Dr. Wetenkamp begründet die Einbringung des Antrages. Es solle mehr Transparenz für den Bürger entstehen.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass die Umsetzung im Ratsinformationssystem kein Problem darstelle.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Donig bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 383-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beauftragt den Landrat dafür Sorge zu tragen, dass

1. Anfragen und deren Beantwortungen in das Ratsinformationssystem unter einem Menüpunkt für alle Bürgerinnen und Bürger öffentlich zugänglich eingestellt werden,
2. öffentliche Protokolle und Beschlussvorlagen immer in das Bürgerinformationssystem eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

22. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Umsetzung barrierefreie Haltestellen im Landkreis Vorpommern-Rügen"

Vorlage: A/2/0120

Herr Prof. Dr. Wetenkamp begründet die Einbringung des Antrages und bittet um Zustimmung.

Herr Dr. Zabel beantragt die Verweisung in den Kreisentwicklungs-, Wirtschafts-

und Tourismusausschuss.

Frau Latendorf schließt sich der Verweisung des Antrages in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss an.

Herr Landrat Drescher informiert, dass die Verkehrsbetriebe Vorpommern-Rügen an der Umsetzung arbeiten.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Donig bittet um Abstimmung über die Verweisung in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss.

Der Kreistag stimmt der Verweisung in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die Einführung eines Lückenkastasters für barrierefreie Haltestellen nach § 8 PBefG und nach Vorbild des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte (<https://geoport-lk-mse.de/geoportal/haltestellen.php>) erfolgen kann.

Hierzu soll auch geprüft werden, inwiefern LEADER-Mittel, das Landesprogramm "Barrierefreie Haltestellen in MV" und EFRE-Mittel genutzt werden können und wie hoch der Investitionsbedarf in unserem Landkreis ist.

Die Ergebnisse der Prüfung werden den Fraktionen und den entsprechenden Fachausschüssen zur Beratung vorgelegt.

23. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Leihfahrradsystem im Landkreis Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/2/0121

Herr Eggersmann begründet die Einbringung des Antrages.

Herr Schmidt beantragt die Verweisung des Antrages in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss.

Herr Griwahn erklärt, dass es genügend Fahrradverleiher gäbe und die CDU-Fraktion nicht zustimme.

Frau Latendorf stimmt der Verweisung des Antrages in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss zu.

Frau Müller erklärt, dass der ÖPNV mit Mobilitätskonzepten verbunden werden solle und schließt sich der Verweisung in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss an.

Herr Landrat Drescher bemerkt, dass ein Mobilitätskonzept in Auftrag gegeben sei.

Herr Donig bittet um Abstimmung über die Verweisung in den Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss.

Der Kreistag stimmt der Verweisung des Antrages in den Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss bei mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und acht Enthaltungen zu.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die Einführung eines Leihfahrradsystems im Landkreis Vorpommern-Rügen realisierbar ist.

Hierzu sollen auch Gespräche mit der Hansestadt Stralsund und der Tourismuswirtschaft geführt werden, um mögliche Kooperationen mit dem Ziel eines möglichst umfassenden, praktikablen Angebots für die Bürgerinnen und Bürger auszuloten.

Die Ergebnisse der Prüfung werden den Fraktionen und den entsprechenden Fachausschüssen zur Beratung vorgelegt.

24. **Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Rückwirkende Tarifierhöhung der Tagesmütter umsetzen"**
Vorlage: A/2/0122

Herr Donig weist auf die geänderte Anfrage hin.

Frau Müller zieht den Antrag für den Kreistag zurück und bittet Frau Meyer, diesen im Jugendhilfeausschuss weiter zu beraten.

Frau Meyer berät den Antrag im Jugendhilfeausschuss.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass der Antrag im Jugendhilfeausschuss geklärt werden müsse.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Beschluss:

25. **Widerspruch zum Beschluss des Kreistages vom 7. Mai 2018 über die Erweiterung der Tagesordnung**
Vorlage: BV/2/0509

Herr Landrat Drescher erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Latendorf fragt, ob der Antrag auf der Tagesordnung hätte stehen müssen.

Herr Landrat Drescher bejaht die Aussage, erklärt aber, dass sich der Antrag erle-

digt habe. Die Kreisverwaltung habe auch ohne den ursprünglichen Beschlussvorschlag entsprechend gehandelt.

Herr Donig bittet um Abstimmung, den Antrag des Landrates zu akzeptieren.

Beschluss: KT 384-22/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Dem Widerspruch des Landrates vom 15. Mai 2018 zum Beschluss des Kreistages vom 7. Mai 2018 über die Erweiterung der Tagesordnung wegen besonderer Dringlichkeit um einen neuen TOP 24 „Pilotprojekt „kostenfreie Kita ab 2019 für alle Kinder im Landkreis Vorpommern-Rügen““ wird stattgegeben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen

26. Mitteilungen

Herr Donig teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 1. Oktober 2018 stattfinden werde.

Er schließt den öffentlichen Teil und bittet die Nichtöffentlichkeit der Sitzung herzustellen.

gez. Ingulf Donig

Datum, Unterschrift

Ingulf Donig

1. stellvertretender Kreistagspräsident

gez. Marcus Hanusch

Datum, Unterschrift

Marcus Hanusch

Protokollführer